bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 08 | 10. April 2008

Rechte Szene 2

Hauen und Stechen
Schlammschlacht um den NPD-Vorsitz im Bund und in Thüringen – auch der Deutschland-Pakt mit der DVU könnte kippen.

Explosiver Zusammenschluss
Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann hat eine neonazistische Schlägertruppe verboten. Der B.W.S.E. werden brutale Überfälle zur Last gelegt.

Gespenstischer „Trauermarsch"
Hetzreden und Provokationen beim Neonazi-Aufzug zum Gedenken an die Bombardierung Lübecks vor 66 Jahren.

Unbelehrbar
Der Antisemit Horst Mahler muss sich erneut vor Gericht verantworten.

Möglicher Scheinkauf
Rechtsextremisten interessieren sich medienwirksam für Immobilie.

„Aufklärungsarbeit"
Rechtsextremisten rechnen mit „1968" ab.

Internationale „Größe"
Früherer Gorbatschow-Berater ist in rechtsextremen Kreisen wohl angesehen.

Seitenblick 7

Braune Demagogen
Mit antikapitalistischen Parolen stoßen Rechtsextremisten durchaus auf Zustimmung.

Verfassungsschutz 8

„Muslimische Gefahr"
Die extreme Rechte rüstet in Nordrhein-Westfalen schon zur Landtagswahl.

Auftrieb für die NPD
Vorbereitung für die Kommunalwahlen in Brandenburg.

Rezension 9

Wölfe in Nadelstreifen
Die NPD geriert sich bürgerlich und will in die Mitte der Gesellschaft.

Modernisierungsverweigerer
Der Rechtspopulismus als Abwehr- und Abwertungshaltung gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Mutige Kämpfer
Die Warschauer Juden widersetzten sich ihrer Deportation – die Polizei und die SS brauchten fast vier Wochen, um den Ghettoaufstand vom April 1943 niederzuschlagen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Hauen und Stechen

Schlammschlacht um den NPD-Vorsitz im Bund und in Thüringen – auch der Deutschland-Pakt mit der DVU könnte kippen.

Es brennt im Gebälk der NPD. Im Vorfeld des für Ende Mai in Bamberg geplanten Bundesparteitags wird Parteichef Udo Voigt offen in Frage gestellt. In Hessen mochte der bisherige Landesvorsitzende Marcel Wöll, der während seiner Amtszeit eigentlich nur durch Gerichtsverfahren und einen erfolglosen Landtagswahlkampf mit unfreiwillig satirehaften Zügen aufgefallen war, aus angeblich „privaten Gründen" nicht mehr für dieses Amt kandidieren. Und in Thüringen entwickelte sich in den Wochen vor dem am 12. April stattfindenden Landesparteitag eine regelrechte Schlammschlacht um den Landesvorsitz.

„Putsch in der Thüringer NPD" titelt beispielsweise das neonazistische Internetportal „Altermedia". In NPD-nahen Foren wird ausgiebig über den durchschnittlichen Promillegrad von Protagonisten der beiden sich verfeindet gegenüberstehenden Lager spekuliert. Der gegenseitig erhobene Vorwurf der Faulheit darf ebenso wenig fehlen wie der, die Partei finanziell geschädigt zu haben. Das in Thüringen öffentlich zelebrierte Hauen und Stechen geht über NPD-Normalmaß deutlich hinaus. Dabei hatte die tiefe Zerstrittenheit eigentlich gar nicht öffentlich werden sollen: Der Landesvorstand hatte nicht nur beschlossen – wie bei der NPD schon gewohnt –, die Medien vom Parteitag auszusperren, sondern auch Sympathisanten und Gäste draußen zu lassen.

Frank Schwerdt, seit April 2001 Landesvorsitzender, hatte beim vorigen Parteitag am 8. Dezember 2007 noch ein Erfolgslied gesungen: steigende Mitgliederzahlen, die Bildung weiterer Kreisverbände, eine Professionalisierung der Arbeit im Landesverband. Doch eine Minderheit im jetzigen Landesvorstand ist offenbar wenig zufrieden mit Schwerdts Regentschaft. Wortführer der Opponenten ist Thorsten Heise, der im Landes- wie im Bundesvorstand als „Koordinator für freie Kräfte" fungiert; an seiner Seite ist der Erfurter Kreisvorsitzende Kai-Uwe Trinkaus zu finden. Zumindest bei Teilen der von Heise angeblich vertretenen „freien Kräfte" stößt dessen „Karrieresucht" freilich auf Widerstand. „Auf dem Rücken der Basis" wolle er die Karriereleiter empor steigen, heißt es beim „Freien Netz Altenburg": Was Heise „dazu befähigen soll, den Landesvorsitzenden zu mimen, bleibt uns persönlich verborgen". Andere warnen davor jemanden zum Landesvorsitzenden zu bestellen, der nicht nur wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Volksverhetzung vorbestraft ist, sondern auch dadurch auffiel, dass er daheim Waffen bunkerte.

Dabei wird Heise unterstellt, nicht nur nach dem Vorsitz zu schielen, sondern bereits ein Landtagsmandat im Blick zu haben. Der Deutschland-Pakt, der Thüringen bei der Landtagswahl 2009 der DVU zuspricht, ist parteiintern äußerst umstritten. Im Parteiblatt „Thüringen Stimme" hatte die NPD der Landes-DVU im Dezember attestiert, weder sachlich noch personell in der Lage zu sein, zur Landtagswahl anzutreten. Statt dessen scheint man sich bei der Thüringen-NPD auf eine eigene Kandidatur vorzubereiten – ungeachtet der Folgen auf Bundesebene.

Dort ist das Thema auch schon angekommen. Zwei als potenzielle Voigt-Nachfolger gehandelte NPD-Politiker machen Front gegen den Pakt. „Es sollte nur die Partei antreten, die auch das Potenzial dafür hat, und das ist eindeutig die NPD", zitierte die „Junge Freiheit" den Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs. Andreas Molau, derzeit Pressesprecher der Fraktion in Schwerin, wird mit der Aussage zitiert, der Pakt könne „offensichtlich nicht wie bisher fortgeführt werden": „Wir sollten deswegen beispielsweise darüber diskutieren, wer bei den nächsten Landtagswahlen 2009 in Thüringen antritt." Doch Voigt will offenbar nicht in den Ruf des Vertragsbrüchigen geraten: „Wir haben mit der DVU etwas vereinbart, was bis 2009 Gültigkeit hat." Fest an seiner Seite hat er dabei seinen Stellvertreter Holger Apfel. Der hat ein höchst egoistisches Motiv, an der Vereinbarung mit der Frey-Partei festzuhalten. Träte die NPD in Thüringen an, könnte die DVU ihm 2009 in Sachsen Konkurrenz machen. Dort wird die NPD seit November letzten Jahres in Umfragen kontinuierlich auf nur noch zwischen vier und fünf Prozent geschätzt. Ein konkurrierender Wahlantritt der DVU könnte den Parlamentsträumen Apfels ein rasches Ende bereiten.

Tomas Sager

Explosiver Zusammenschluss

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann hat eine neonazistische Schlägertruppe verboten. Der B.W.S.E. werden brutale Überfälle zur Last gelegt.

Das Verbot der Blue White Street Elite (B.W.S.E.) basiert auf dem Vereinsrecht. Mit ihren einheitlichen T- und Sweatshirts gerieren sich die B.W.S.E.-Mitglieder äußerlich als Fußball-Fans des 1. FC Magdeburg. Tatsächlich ist die Gruppe ein explosiver Zusammenschluss extrem gewaltbereiter Hooligans mit Angehörigen mehrerer neonazistischer Kameradschaften aus dem Landkreis Jerichower Land, der unmittelbar an die Stadtgrenzen Magdeburgs stößt. Insbesondere Angehörige der rechtsextremen Kameradschaft „Weiße Aktivisten Jerichower Land" sind in der Vergangenheit zur B.W.S.E. gestoßen. Zwar ist die Gruppe nicht ins Vereinsregister eingetragen, ihr geschlossenes Auftreten sowie die einheitliche Bekleidung belegen allerdings die Vereinseigenschaft, heißt es aus dem Innenministerium. „Hinzu kommen gemeinsame Treffpunkte sowie die Unterordnung der Gruppenmitglieder unter eine Person", sagt Hövelmann.

Diese Person ist der 20-jährige Dennis Wesemann, zuvor schon eine der Führungsfiguren der „Weißen Aktivisten". Er hat bereits mehrfach wegen gefährlicher Körperverletzung Bekanntschaft mit der Justiz gemacht. Darüberhinaus gehen Delikte wie schwerer Landfriedensbruch, Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie das Zeigen von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen auf sein Konto. Die meisten der 25 namentlich bekannten Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die von den Behörden zum harten Kern der Gruppe gerechnet werden, sind wegen ähnlicher Delikte einschlägig vorbestraft. Neben diesem harten Kern verfügt die neonazistische Schlägertruppe über ein ständiges Mobilisierungspotenzial von weiteren 35 Peronen.

Aufgefallen ist die Gruppe den Behörden erstmals Anfang 2007. Zunächst tatsächlich lediglich im Umfeld von Sportveranstaltungen, bei denen Angehörige der B.W.S.E. aber bereits durch eine extreme Brutalität gegenüber gegnerischen Fans, Polizeibeamten und völlig Unbeteiligten auffielen. Später fiel die Gruppe wiederholt durch ungewöhnlich brutale Überfälle auf alternative Jugendclubs und private Feiern nichtrechter Jugendlicher auf. Zudem sollen die B.W.S.E. an der Organisation von Skinheadkonzerten beteiligt gewesen sein. Auch im Umfeld der Diskothek „Nightfly", die regelmäßiger Treffpunkt der Gruppe ist, kommt es regelmäßig zu Gewaltausbrüchen.

Derzeit ist vor dem Amtsgericht Burg ein Verfahren gegen fünf Rechtsextremisten anhängig, die von der Staatsanwaltschaft der Teilnahme an einem neonazistischen Überfall auf eine private Geburtstagsfeier in einem alternativen Jugendclub im Jahr 2006 in Gerwisch beschuldigt werden. Rund 30 Rechtextremisten hatten seinerzeit den Jugendclub überfallen. Ob einer der fünf Angeklagten dem Umfeld von B.W.S.E. zuzurechnen ist, sei derzeit nicht bekannt und werde sich womöglich erst im Verlauf der Hauptverhandlung herausstellen, sagte ein Sprecher der Mobilen Opferberatung.

Fest steht dagegen, dass bereits am Vorabend des Überfalls eine andere Feier nichtrechter Jugendlicher durch sechs vermummte Rechtsextremisten gestört wurde. Diese platzten in die Feier hinein und verlangten von den Anwesenden Auskunft darüber, wer in den Tagen zuvor in Gerwisch Antifa-Aufkleber verteilt habe. Unter Mitnahme eines Kasten Biers kündigten sie damals den Überfall am Folgetag sogar an, falls sie bis dahin nicht die gewünschte Auskunft bekommen hätten. Wegen dieses „Besuches" mussten sich später W. und ein weiterer Angeklagter wegen Nötigung und räuberischer Erpressung vor Gericht verantworten. Der zuständige Richter stellte das Verfahren jedoch schon am ersten Verhandlungstag ein, obwohl für den zweiten Tag noch aus Sicht der Nebenklage wichtige Zeugen geladen waren.

Schon seit längerem bemühen sich die Behörden um einen verstärkten Verfolgungsdruck gegenüber den Mitgliedern von B.W.S.E. Zunächst lief dies nahezu ausschließlich zu Lasten des Polizeireviers Burg. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat das Innenministerium auch verstärkt Einheiten der Bereitschaftspolizei hinzugezogen.

In seiner Verbotsverfügung hat Innenminister Hövelmann den sofortigen Vollzug des Verbots angeordnet. Dennis Wesemann und seinen neonazistischen Schlägern bleibt als Rechtsmittel gegen das Verbot der Weg vor das Oberverwaltungsge-

richt Sachsen-Anhalts in Magdeburg. Dort müssten sie auch einstweiligen Rechtsschutz gegen die vom Innenministerium angeordnete sofortige Vollziehung des Verbots bis zu einer endgültigen Entscheidung des Gerichts in der Hauptsache beantragen. Ob das Gericht diesen einstweiligen Rechtsschutz angesichts der zahlreichen Straf- und Gewalttaten, die in der Verbotsverfügung detailliert aufgeführt werden, aber gewähren wird, darf durchaus in Frage gestellt werden.

Eberhard Löblich

Gespenstischer „Trauermarsch“

Hetzreden und Provokationen beim Neonazi-Aufzug zum Gedenken an die Bombardierung Lübecks vor 66 Jahren.

Das britische Bombardement auf Lübeck am 28. März 1942 dient seit nunmehr drei Jahren Neonazis dazu, ihre einseitige Erinnerungskultur mit Hetzreden, Provokationen und einer Verdrehung der historischen Geschehnisse in der Hansestadt auf die Straße zu tragen. Anmelder des so genannten Trauermarsches war Lübecks NPD-Kreisvorsitzender Jörn Lemke, gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein.

Dem Aufruf folgten etwa 330 Gesinnungsgenossen, die überwiegend aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg angereist waren. Erstmals dabei war auch eine kleine Abordnung von Neonazis aus Dänemark um den „Blood&Honour“-Aktivisten Lars Bergeest. Auf der Rednerliste des knapp vier Stunden dauernden gespenstischen Spektakels standen neben Lemke nacheinander Dennis Bührig von der „Kameradschaft 73“ aus Celle, Thomas Wulff („Steiner“) vom NPD-Bundesvorstand und aus dem Spektrum der Freien Kräfte, der ebenfalls bei Freien Nationalisten und bei der NPD wirkende Peter Borchert (Kiel), Jens Lütke als weiterer stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und der „Dauerdemonstrant“ aus Hamburg, Christian Worch. Zu den Führungskadern und -kräften im Aufmarsch zählten außerdem der durchgehend mit einer Kamera filmende Klaus Hellmund aus Celle, Matthias Behrens von den „Snevern Jungs“, Tobias Thiessen vom Aktionsbüro Norddeutschland und der Hamburger Detlev Brüel.

Neben der Schleswig-Holstein-Fahne wurden diverse schwarze Kameradschaftsfahnen, so zum Beispiel aus Eckernförde, Rieseby, Wolfsburg und Celle, im Aufzug mitgeführt. Dazu einige NPD-Transparente, jedoch keine einzige Parteifahne. Auch eine Flagge aus Palästina wurde geschwungen. Matthias Schultz aus dem „Heisenhof“-Umfeld steuerte wieder einmal den Lautsprecherwagen. Von dem verkündete Lemke mit breiter Brust, dass man das Verwenden der Parole „Nationaler Widerstand“ vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig erfolgreich eingeklagt habe, nachdem dies zunächst im Rahmen der von der Stadt Lübeck erlassenen Auflagen verboten war.

Rechtsextreme Parolen über die Lautsprechertechnik im Zug

Die Polizei kassierte vor dem Abmarsch vom Bahnhof einige Transparente ein, die gegen Auflagen verstoßen hatten. Außerdem meldete sie drei Festnahmen wegen Zeigens des Hitler-Grußes. Während Bührig zur solidarischen Teilnahme beim jährlichen Gedenkmarsch am 2. August nach Bad Nenndorf aufrief, machte Borchert auf die Großdemonstration der rechtsextremen Szene am 1. Mai in Hamburg aufmerksam. Dort wolle man unter anderem ein in Lübeck erbeutetes Transparent aus der Antifaszene wieder den Besitzern zurückgeben – „geschändet und verbrannt“. Lemke, der auch bereits für die Folgejahre 2009 und 2010 Gedenkmärsche in Lübeck angemeldet hat, störte sich daran, dass Mitmarschierer „disziplinlos dem Anlass gegenüber“ rauchten und ihre Handys nicht ausstellten. Selbst griff er allerdings ebenfalls zum Mobiltelefon.

Auf der Anreise nach Lübeck hatten Neonazis sich in einem Zug der Bahn-Lautsprechertechnik bemächtigt und ihre Parolen dann bereits während der Fahrt verkündet. Wie zentral sich die NPD in Lübeck dem Thema widmet, zeigt auch, dass es neben der Demonstration wenige Wochen vorher immer eine Mahnwache in der Innenstadt gibt. Ferner hat man am Abend des 28. März auf dem Lübecker Ehrenfriedhof ein Blumengesteck als Erinnerung an die Toten vom 28. März 1942 niedergelegt.

Horst Freires

Unbelehrbar

Der Antisemit Horst Mahler muss sich erneut vor Gericht verantworten.

Am 28. April steht der notorische Holocaust-Leugner Horst Mahler (Jg. 1936) im bayerischen Erding vor dem Amtsgericht. Die Staatsanwaltschaft wirft Mahler Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Beleidigung vor. In dem Verfahren geht es um ein Interview, das Mahler am 4. Oktober 2007 dem Gesellschaftsmagazin „Vanity Fair" gab. Das Interview hatte der Journalist Michel Friedman geführt. Der Ex-RAF-ler und Rechtsanwalt Mahler, einst Mitglied der KPD und später der NPD, hatte das Gespräch mit „Heil Hitler, Herr Friedman" begonnen und im Laufe des zweistündigen Gesprächs den Holocaust geleugnet: „Die systematische Vernichtung der Juden in Auschwitz, das ist eine Lüge." Mahler kürte Hitler zum „Erlöser des deutschen Volkes. Nicht nur des deutschen Volkes". Friedman hatte nach dem Interview" im Münchner Flughafenhotel „Kempinski" selbst Anzeige erstattet.

Horst Mahler hat viel Erfahrung damit, vor Gericht zu stehen. Zuletzt war er im November 2007 vom Amtsgericht Cottbus wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einem halben Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Hitler-Verehrer hatte unmittelbar vor seinem Haftantritt in der Justizvollzugsanstalt Cottbus im November 2006 bei der Verabschiedung von seinen Anhängern den Hitler-Gruß gezeigt. Zuvor hatte der Bundesgerichtshof am 8. August 2006 eine Revision von Mahler gegen ein Urteil des Landgerichts Berlin abgeschmettert. Das Berliner Landgericht hatte Mahler am 12. Januar 2005 wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verurteilt. Mahler hatte im September 2002 während einer Pressekonferenz in den Räumen der NPD-Parteizentrale in Berlin einen Schriftsatz verteilen lassen, in dem er den Hass auf Juden als „untrügliches Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems" bezeichnete. Wegen Billigung der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde Mahler vom Landgericht Mainz im März 2003 zu einer Geldstrafe verurteilt.

Anton Maegerle

Möglicher Scheinkauf

Rechtsextremisten interessieren sich medienwirksam für Immobilie.

Auffällig offen bekundeten am ersten Samstag im April Verdener NPD-Aktivisten ihr vorgebliches Kaufinteresse an der „Mühlensauna" in Achim bei Bremen. Die Immobilie, ideal gelegen zwischen zwei Autobahnen und in der Nähe des Bahnhofs, verfügt über größere Räumlichkeiten und ein rund 6000 Quadratmeter großes Gelände, hoch umzäunt und mit Pool. Seit Wochen kursierten bereits Gerüchte in der Bevölkerung, Jürgen Rieger habe Interesse an dem Gelände. Am Samstag scheute der Achimer Kaufmann Andreas Lange sich als Eigentümer nicht, die NPD-Aktivisten Daniel Fürstenberg und Matthias Schultz vor laufender Kamera durch die Räumlichkeiten zu führen. In einem der oberen Fenster hing bereits eine NPD-Fahne. Die beiden ehemaligen Heisenhof-Bewohner spielten ihre Interessentenrolle und zeigten sich angetan. Geld spiele keine Rolle, betonte Fürstenberg großspurig – doch genaue Angaben über finanzkräftige Hintermänner wolle er nicht machen. Schultz betonte, Herr Rieger werde auch noch vorbeikommen.

Zwei Bauvoranfragen wurden bereits gestellt, um die „Mühlensauna" als Vergnügungs- beziehungsweise Veranstaltungsstätte nutzen zu können. Die Stadt Achim erteilte keine Genehmigung und eine der Anfragen wurde vom Eigentümer zurückgezogen. In der Vergangenheit war bereits ein „Erotik-Club" gefloppt, seitdem ging es mit dem Ruf der Immobilie bergab. Eigentümer Lange bekräftigte gegenüber den Medien, er habe kein Problem damit, an die NPD zu veräußern. Für ihn sei das ein rein wirtschaftliches, kein politisches Problem. Ein Vorvertrag bestehe bereits, da die Gespräche mit den Neonazis schon länger laufen würden.

Die Stadt Achim denkt nach Angaben des „Achimer Kreisblatts" nicht „im Traum daran", etwa wie in Delmenhorst, bei dem Immobilienpoker miteinzusteigen. Tatsächlich werteten Experten eine länderoffenen Arbeitsgruppe im Juni 2007 finanzielle Schwierigkeiten eines Verkäufers wie auch „möglichst medienwirksame Ankündigung der Verkaufsabsicht" als Indizien für einen möglichen Scheinkauf.

Andrea Röpke

„Aufklärungsarbeit“

Rechtsextremisten rechnen mit „1968“ ab.

Die rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) führt unter konspirativen Umständen vom 11. bis 13. April ihren Jahreskongress durch. Das Motto lautet in diesem Jahr: „1968 – vierzig Jahre Volkszerstörung“. Die etwa 500 Mitglieder umfassende NPD-nahe GFP ist nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die mitgliederstärkste rechtsextreme Kulturvereinigung. Die GFP wurde von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären 1960 gegründet. Ihr gehören rechtsextreme Publizisten, Redakteure, Buchhändler und Verleger an. Man will „Aufklärungsarbeit“ leisten, um die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren.

Referenten des April-Kongresses sind Benedikt Frings, Rolf Kosiek, Günter Rehak, Bernhard Schaub, Martin Pfeiffer und Jürgen Schwab. NPD-Mitglied Frings war im Dezember 2006 bei der Holocaustleugner-Konferenz in der iranischen Hauptstadt Teheran zugegen. Kosiek, ehemals NPD-Chefideologe, führte die GFP von 1992 bis 2005. Der Österreicher Rehak war einst Obmann des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs und Sekretär des Bundeskanzlers Kreisky (SPÖ). Der Schweizer Schaub ist Vorsitzender des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“. Pfeiffer steht dem FPÖ-nahen Monatsmagazin „Die Aula“ vor. Schwab, früherer NPD-Vordenker, ist Kopf der rechtsextremen „Deutschen Akademie“.

Als GFP-Vorsitzender amtiert seit 2005 Andreas Molau, NPD-Bundesvorstandsmitglied, ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“. Molau, NPD-Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Januar und frischgebackener Pressesprecher der Schweriner NPD-Landtagsfraktion, wird aus seinem im Januar beim Berliner Vorreiter-Verlag erschienenen Buch „Die Entdeckungen des Alexander Kern“ lesen. Alljährlich wird auf den GFP-Kongressen der Huttenpreis verliehen, die Laudatio auf den diesjährigen Preisträger hält der Verleger Gert Sudholt. Die Organisation des Kongresses obliegt dem baden-württembergischen NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Schützinger.

Anton Maegerle

Internationale „Größe“

Früherer Gorbatschow-Berater ist in rechtsextremen Kreisen wohl angesehen.

Für den Hamburger Verfassungsschutz stellt der Moskauer Wjatscheslaw Daschitschew eine „internationale ‘Größe’ des Rechtsextremismus“ dar. Anlass dieser Einschätzung ist eine aktuelle Stellungnahme des Landesamtes zum Thema „Deutsche Rechtsextremisten wollen gute Beziehungen zu Russland“. Angelastet wird Daschitschew sein Engagement für die 2004 gegründete rechtsextreme „Kontinent Europa Stiftung“ (KES) mit Sitz in Schweden. Die KES, so die Verfassungsschützer, habe eine „zentrale Bedeutung“ für den „Annäherungsprozess“ zwischen „Führungsfiguren des internationalen Rechtsextremismus“ mit russischen Rechtsextremisten. Weiter wird Daschitschew vorgeworfen, dass er seit Jahren Autor des DVU-Sprachrohrs „National-Zeitung“ und Referent der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik sei. Im Januar 2007 war Daschitschew umjubelter Referent auf dem DVU-Bundesparteitag. Im April 2006 wurde er auf dem GFP-Jahreskongress mit der Ulrich-von-Hutten-Medaille ausgezeichnet.

Auf einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung im Oktober 2005 in Wildbad Kreuth, warf Daschitschew den USA vor, Russland „von innen beherrschen“ sowie „als einen globalen Akteur und ein politisches und militärisches Gegengewicht zu den USA“ beseitigen zu wollen. Mehrfach war er auch als Referent bei Veranstaltungen des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim (SZW) zugegen. Er sei „ein Freund und häufiger Gast des Studienzentrums“ schrieb Stefan Winckler 2003 in der „Jungen Freiheit“. Der frühere Präsident des SZW, Klaus Hornung, lobte Daschitschew in der stramm rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ als „aufrechten Kämpfer gegen Ideologien“. Daschitschew (Jg. 1925), Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften, war 1988/1989 einer der wichtigsten Deutschland-Berater des russischen Präsidenten Gorbatschow. Nach 1990 lehrte Daschitschew unter anderem als Gastprofessor an Universitäten in Berlin, München und Mannheim Bereits im Juni 1986 stand Daschitschew als Redner auf einer Seminareinladung des extrem rechten „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS).

Anton Maegerle

Seitenblick

Braune Demagogen

Mit antikapitalistischen Parolen stoßen Rechtsextremisten durchaus auf Zustimmung.

Spannend gestaltete sich eine Veranstaltung zum Thema „Sozialdemagogie von rechts“, die Anfang April auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin stattfand. Unter der Moderation der rbb-Journalistin Petra Lidschreiber diskutierten unter anderem Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Annelie Buntenbach, Mitglied im DGB-Bundesvorstand, Uwe-Karsten Heye, Vorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen!“ und Chefredakteur des „vorwärts“, sowie Thomas Grumke, Rechtsextremismus-Experte im NRW-Innenministerium.

Zwei Wissenschaftler führten in das Thema ein: Richard Stöss von der FU Berlin und der Kölner Ralf Ptak referierten über Einstellungen der Bürger zu Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik sowie über die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen rechtsextremer Gruppen und Parteien.

Es ist keine neue Entwicklung, aber sie kommt zunehmend bei den Bürgern an: Die NPD setzt auf soziale Themen, berät etwa zu „Hartz IV“ oder prangert die Folgen der Globalisierung an. Jeder, der sich eingehender mit der dahinter stehenden Programmatik befasst, entdeckt schnell unter dem dünnen Sozialfirnis die alten braunen Inhalte. Doch viele Bürger – oft Rentner, Arbeitslose und „einfache“ Arbeitnehmer – fühlen sich von der, oberflächlich betrachtet, radikalen Form der Kapitalismuskritik angesprochen, die die NPD propagiert. Zu diesem Ergebnis gelangte Stöss bei einer Untersuchung, deren Ergebnisse er bei der Tagung vorstellte. Befragt wurden Männer und Frauen nach ihrer Affinität zum Rechtsextremismus sowie zu Kapitalismuskritik beziehungsweise Antikapitalismus. Tatsächlich ergab die repräsentative Untersuchung, dass elf Prozent der Befragten zugleich rechtsextrem wie auch antikapitalistisch eingestellt waren. „Und von den ausgewiesenen Rechtsextremisten sind 85 Prozent kapitalismuskritisch beziehungsweise antikapitalistisch eingestellt“, so Stöss. Aber auch Wähler der demokratischen Parteien stimmen zunehmend kapitalismuskritischen, zum Teil aber auch rechtsextremen Aussagen zu. „Die wirtschaftliche und soziale Situation in der Bundesrepublik erzeugt zuhauf eine kapitalismuskritische Haltung“, resümierte der Politikwissenschaftler.

Diese Grundaussage wurde auch durch das Referat Ralf Ptaks gestützt, der sich mit der Hinwendung der NPD und anderer rechtsextremer Gruppierungen zu sozialen Themen befasste. „Programmatisch finden sich erhebliche Ähnlichkeiten zur NSDAP“, so Ptak. Es werde zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ unterschieden, Autarkie und Protektionismus als „Gegenmittel“ zur Globalisierung propagiert sowie einer Arbeitspflicht bei gleichzeitiger Ausweisung aller Menschen mit Zuwandererhintergrund das Wort geredet. Während Ralf Ptak empfahl, zu Aufklärungszwecken stärker auf eine kritische Vermittlung der NPD-Programmatik zu setzen, wandte sich Stöss gegen diesen Ansatz. „Das Gros der Menschen, die sowohl rechtsextrem wie auch antikapitalistisch orientiert sind, interessiert sich nicht für Programme, sondern für Parolen.“ Ansetzen müsse man bei den Problemen in der konkreten Politik, denn: „Rechtsextremismus wird durch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erzeugt, nicht durch die NPD.“

Staatssekretär Kajo Wasserhövel plädierte in der anschließenden Podiumsdiskussion für differenziertere Auseinandersetzungen zwischen den Politikern der demokratischen Parteien. „Ständige Zuspitzungen und Polarisierungen kommen bei den Menschen nicht gut an. Zur inhaltlichen Auseinandersetzung gehört auch die mit den Inhalten der Rechtsextremisten.“ Thomas Grumke forderte eine offensive Auseinandersetzung mit der NPD-Programmatik. „Wir müssen diese Leute mit ihren eigenen Inhalten konfrontieren.“ Annelie Buntenbach plädierte für eine Politik, die stärker auf die Ängste der Menschen vor sozialem Absturz eingehe und für einen Ausbau von Infrastruktur und sinnvollen Angeboten. Auch Uwe-Karsten Heye betonte die besondere Rolle, die der Rechtsextremismus gerade in bevölkerungsarmen, ländlichen Gegenden Ostdeutschlands habe. Hier seien Bildungsangebote und eine bessere Infrastruktur erforderlich. Generell sei „eine nationale Anstrengung nötig, um dem Rechtsextremismus keinen Raum mehr zu geben“.

Gudrun Giese

Verfassungsschutz

„Muslimische Gefahr“

Die extreme Rechte rüstet in Nordrhein-Westfalen schon zur Landtagswahl.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf (FDP) warnt vor verstärkten Aktivitäten von NPD und „pro NRW“ im Vorfeld der im Sommer 2009 stattfindenden Kommunalwahlen. NPD wie auch „pro NRW“ wollten über einen Erfolg bei der Kommunalwahl dann im darauf folgenden Jahr den Sprung in den Landtag schaffen, sagte Ingo Wolf am 28. März bei der Vorstellung des NRW-Verfassungsschutzberichts für 2007. Der „pro NRW“-Vorläuferorganisation „pro Köln“ attestierte Wolf, getarnt mit einem bürgerlichen Anstrich würden ausländerfeindliche und rassistische Ideologien subtil an die Sorgen der Bürger vor Überfremdung geknüpft und Vorurteile und Hass gegenüber ausländischen Mitbürgern geschürt. „Pro NRW“ beschwöre mit einer angeblichen muslimischen Gefahr ein Angstszenario bei den Bürgerinnen und Bürger herauf. Die NPD versuche, so Wolf, sich flächendeckend in NRW aufzustellen. Sie verfüge derzeit in etwa 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten über arbeitsfähige Strukturen.

Die Zahl der DVU-Mitglieder in NRW sank dem Bericht zufolge 2007 um 100 auf 1200, für die NPD wurden wie im Jahr zuvor etwa 750 Mitglieder registriert. Angesichts dieser knappen Personaldecke sei die NPD bei Wahlen „zwingend auf die Unterstützung durch alle Neonazis angewiesen“. Einen offenen Konflikt mit „Autonomen Nationalisten“ könne sich die NPD daher gerade in NRW nicht leisten. Unverändert blieb im vorigen Jahr den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge die Mitgliederzahl neonazistischer Kameradschaften (460) und die Zahl von militanten Rechtsextremisten und Skinheads (1350). Insgesamt rechnet der Verfassungsschutz rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen in NRW 4070 Mitglieder zu (2006: 4060).

Während Wolfs Pressekonferenz demonstrierten rund 30 Mitglieder und Anhänger von „pro NRW“ mit einer „Mahnwache“ gegen eine angebliche „Stigmatisierung von seriösen, erfolgreichen, rechtspopulistischen Protestbewegungen“.

Tomas Sager

Auftrieb für die NPD

Vorbereitung für die Kommunalwahlen in Brandenburg.

Das rechtsextreme Personenpotenzial in Brandenburg ist insgesamt rückläufig, so werden auch rund 10 Prozent weniger Skinheads und militante Rechtsextremisten gezählt (aktuell: 500). Grund zur Entwarnung ist das allerdings nicht. Parallel dazu sind nämlich die rechtsextrem motivierten Gewalttaten angestiegen, nach Angaben des Landeskriminalamtes auf 93, die Opferperspektive Brandenburg hat 137 Gewaltdelikte gezählt.

Federn lassen musste insbesondere die DVU, obwohl sie im Brandenburger Landtag vertreten ist und über 12 kommunale Mandate verfügt. Ihr Mitgliederstand sank auf 250 (minus 30). Mehrere Mitstreiter sollen in Richtung NPD abgewandert sein. Mitgliedermäßig liegt die DVU jetzt gleich mit der NPD, die einschließlich ihrer Nachwuchsorganisation JN nunmehr über 250 Gefolgsleute verfügt (plus 20). Beobachtungen des Verfassungsschutzes zufolge bereitet sich NPD „mit großer Sorgfalt und Energie“ auf die brandenburgischen Kommunalwahlen im Herbst dieses Jahres vor. Es sei eine „Frage der Zeit“ mutmaßt die Behörde, wann die NPD den „Deutschland-Pakt“ mit der DVU aufkündigt und auch zu den Landtagswahlen im nächsten Jahr antritt. Die Voraussetzungen wären zurzeit leider gegeben. Laut einer emnid-Umfrage könnte die NPD in Brandenburg derzeit 3 bis 4 Prozent der Stimmen erreichen – ohne Wahlkampf und ohne überhaupt im Landtag vertreten zu sein. Unter den 18- bis 30-jährigen haben die emnid-Meinungsforscher dabei schon 12 Prozent NPD-Wähler ausgemacht, und unter männlichen Wähler in dieser Altersgruppe, zu der auch die Erstwähler gehören, sogar 15 Prozent.

Das Neonazispektrum in Brandenburg soll sich zwar um 30 Personen reduziert haben, ein Großteil davon dürfte aber bei der NPD gelandet sein. Für das Landesamt seien die „neonazistischen Neuzugänge zur Partei kaum kontrollierbar“. Anlass zur Sorge gibt dem brandenburgischen Verfassungsschutz die boomende braune Musikszene. Der Zahl der Skinheadbands ist auf 26 (2006: 23) angestiegen, und es fanden 14 Konzerte mit bis zu 500 Besuchern statt.

Gabriele Nandlinger

Rezension

Wölfe in Nadelstreifen

Die NPD geriert sich bürgerlich und will in die Mitte der Geselllchaft.

Mitte 2005 erschien Toralf Stauds „Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“, ein Standardwerk über die „neue“ NPD. Stauds Kernaussage: die älteste Partei aus dem rechten Spektrum bewegt sich auf die Mitte der Gesellschaft zu und ist in einzelnen Regionen schon etabliert. NPD-Vertreter geben sich außerhalb interner Treffen bürgerlich, selbst angesehene Geschäftsleute und Menschen aus dem örtlichen Vereinsleben gehören der Partei an – zugleich paktieren die bürgerlichen „Kameraden“ mit gewaltbereiten und vorbestraften Neonazis militanter „Kameradschaften“. Da, wo Staud seinerzeit abschloss, setzen Röpke/Speit mit ihrem Buch an.

Beleuchtet werden dabei in einer Mischung aus Analyse und Reportagen Hintergründe, aber vor allem die derzeit sehr dynamischen Weiterentwicklungen. Denn auch wenn Staud den Grundstein legte für das Verständnis der „neuen“ Braunszene, deren Mittel- und Sammelpunkt die NPD ist. Die 2005 noch neuen Entwicklungen wurden oft erst nach Stauds Veröffentlichung von der Partei perfektioniert. Hier liefern die Autoren von „Neonazis in Nadelstreifen“ eine Art Update zu Staud. Und Röpke/Speit machen unmissverständlich klar: „Auch Neonazis in Nadelstreifen bleiben Neonazis.“ Längst baue die NPD nicht mehr auf kurzfristige Wahlerfolge durch die „Protestwähler“, sondern versuche, diese heterogene Wählerschicht an die Partei als Stammwähler zu binden. Dies geschehe indes kaum im Rahmen der Bundespolitik, sondern über die schrittweise kommunale Verankerung, wie Parteichef Udo Voigt schon vor rund zehn Jahren eine braune „Graswurzelrevolution“ anregte.

Schon Staud widmete sich dem NPD-Imagewandel, weg vom völkisch-nationalistischen, hin zur braunen oder vermeintlich rotbraunen „Kümmerer“-Partei. Ebenso gehörten Verknüpfungen zwischen „Kameradschafts“-, Rechtsrock- und NPD-Szenen zu Stauds Themen. Röpke/Speit und deren Autoren gehen darauf ebenso ein, beleuchten aber zudem Perfektionierungen der „Wortergreifungsstrategie“ und die Folgen des NPD-Einmarsches in ein zweites Landesparlament (nach Sachsen auch Mecklenburg-Vorpommern). Speit und Robert Andreasch zeigen zudem in einem Beitrag anhand von Bayern auf, wie NPD und Neonazis nach Vorbild ihrer Kommunalaktivitäten im Osten nun auch in den alten Bundesländern Fuß fassen (wollen). Informiert wird ferner – etwa am Beispiel des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger – über braune Immobiliengeschäfte und Finanzierungsmodelle sowie die Professionalisierung des NPD-eigenen „Rings Nationaler Frauen“ (RNF). So nutzen NPD und Neonazis heute auch verstärkt das Engagement von Rechtsextremistinnen im sozialen oder ehrenamtlichen Bereich, um in die bürgerliche Mitte einzudringen.

Gerade letztgenannte Aktionsfelder der Neonazis gewannen erst Ende 2005 eine neue Dynamik und bedurften daher einer neuen Betrachtung. Überdies wurden seitdem erst durch Röpkes Recherchen die Verflechtungen zwischen NPD und der an die Hitlerjugend erinnernden „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) öffentlich. So lässt denn auch das Gesamtbild der hier versammelten Beiträge den Schluss zu, dass „Neonazis in Nadelstreifen“ ein wichtiges Buch ist – auch zur Vervollständigung des nicht weniger wichtigen Staud-Werkes. Denn die NPD wird sich weiterhin bürgerlich gebärden (wollen). „Mit der allmählichen Professionalisierung in der Partei geht eine vielfach unterschätzte Intellektualisierung einher. In feinen Anzügen, geschult in Rhetorik und Wortergreifung, besetzten [die Rechtsextremisten und Neonazis] immer mehr gesellschaftlichen Raum. [...] Die NPD ist auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Das heißt nicht, dass sie demokratisch geworden wäre“, stellen die Herausgeber auch angesichts dessen fest, dass NPD-Kader wie der Chef der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, zum „Sturm“ auf die Bundesrepublik aufrufen.

Michael Klarmann

Andrea Röpke/Andreas Speit: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Ch. Links Verlag, Berlin 2008, 208 S., 16,90 Euro.

Modernisierungsverweigerer

Der Rechtspopulismus als Abwehr- und Abwertungshaltung gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten.

Unter Rechtspopulismus versteht man in der Regel Parteien wie die Freiheitliche Partei Österreichs, den Front National in Frankreich oder den Vlaams Belang in Belgien: Mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Parolen versuchen sie, an die Alltagsempfindungen vieler Bürger anzuknüpfen, um so Ressentiments zu schüren und Wählerzustimmung zu mobilisieren. Der Marburger Politikwissenschaftler Sven Schönfelder versteht unter „Rechtspopulismus" in seinem gleichnamigen Buch aber etwas anderes: Es ist für ihn – so der Untertitel – ein „Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit". Damit deutet sich schon die inhaltliche und methodische Nähe zu den Forschungen von Wilhelm Heitmeyer und seinen Mitarbeitern an der Universität Bielefeld an. Sie untersuchen die Entstehung und Entwicklung von Einstellungen mit negativen Vorurteilen, die mit der Abwertung von Gruppen (Behinderte, Fremde, Homosexuelle, Juden, Muslime et cetera) einhergehen. Als ein solches Abwehr- und Abwertungspozential versteht Schönfelder auch den Rechtspopulismus.

Es soll demnach nicht um politische Bewegungen oder Parteien, sondern um Einstellungen und Verhaltensweisen gehen. Dabei hebt der Autor hervor, dass durch sie die Entwicklung und Festigung einer Gesellschaft auf Basis von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit gefährdet werden dürfte, man aber nicht von extremistischen oder systemfeindlichen Positionen sprechen könne. Für seine Studie formuliert Schönfelder drei erkenntnisleitende Fragestellungen: Welche individuellen Einstellungen lassen sich in einem rechtspopulistischen Potenzial bündeln? Welche sozialstrukturellen Ursachen tragen im Kontext der „Modernisierungsverliererthese" zur Erklärung dieses Potenzials bei? Und: Welche politischen Orientierungen schließen an das rechtspopulistische Potenzial an? Antworten will der Autor durch drei Analyseverfahren finden: Zunächst wertet er repräsentative Umfragedaten aus, danach untersucht er Leserbriefe auf der Internet-Seite der Republikaner und schließlich Interviews mit Kommunalpolitikern der Partei.

Bilanzierend kommt Schönfelder zu folgenden Ergebnissen: Als individuelle Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lassen sich erstens (sekundärer) Antisemitismus, Etabliertenvorrechte und Fremdenfeindlichkeit mit der autoritären Aggression in einem rechtspopulistischen Potenzial bündeln. Zweitens tragen als sozialstrukturelle Ursachen im Rahmen der „Modernisierungsverliererthese" weder objektiv erfahrene noch subjektiv wahrgenommene Formen individueller ökonomisch-sozialer Deprivation zur Erklärung des rechtspopulistischen Potenzials bei. Als weitaus bedeutender müssen nach Schönfelder eine allgemeine Verunsicherung und empfundene Ohnmacht gegenüber dem rasanten kulturellen und technischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel moderner Gesellschaften gelten. Und drittens schließen vor allem die Wahlintention zugunsten der CDU/CSU und die Selbsteinstufung in der politischen Mitte an das rechtspopulistische Potenzial an. Es reicht für den Autor bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Schönfelder hat mit seiner Rechtspopulismus-Analyse eine differenziert argumentierende und methodisch überzeugende Arbeit vorgelegt. Gleichwohl irritiert sie durch eine problematische Grundsatzentscheidung, die Rechtspopulismus als minderheiten-feindlich und nicht-extremistisch gleichzeitig versteht. Sicherlich gibt es Organisationen und Positionen „am rechten Rand", die noch nicht extremistisch sind, wofür etwa die frühere Schill-Partei exemplarisch steht. Ob nun aber die Republikaner (REP), welche Schönfelder insbesondere für diese Einordnung erwähnt, auch in diese Rubrik gehören, kann zumindest für die längste Zeit ihrer Geschichte mit guten Gründen bezweifelt werden. Überhaupt bleibt das Verhältnis von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus nach kurzen einleitenden Bemerkungen weitgehend unerörtert. Das vom Autor ermittelte Rechtspopulismus-Potenzial von 19,7 Prozent müsste eigentlich ein Rechtsextremismus-Potenzial einschließen. Wie es um die Anteile beider bestimmt ist, bleibt aus demokratietheoretischer Sicht unklar.

Armin Pfahl-Traughber

Sven Schönfelder: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008, 242 S. 24,80 Euro.

Blick in die Zeitgeschichte

Mutige Kämpfer

Die Warschauer Juden widersetzten sich ihrer Deportation – die Polizei und die SS brauchten fast vier Wochen, um den Ghettoaufstand vom April 1943 niederzuschlagen.

In diesen Wochen und Monaten blicken Millionen Menschen auf Ereignisse zurück, die vor 65 Jahren Geschichte geschrieben haben – vor allem in Polen. In dem seit 1939 unter deutscher Besatzung leidenden Land lebte die größte jüdische Minderheit aller von den Nazis okkupierten Staaten. Es waren etwa drei Millionen. Deshalb hatten die Besatzer und ihre Helfer in Polen Vernichtungslager errichtet, Lager also, die nur eine Aufgabe hatten: die Ermordung von Juden. Sobibor, Belzec, AuschwitzBirkenau, Treblinka, Majdanek – um nur die wichtigsten zu nennen, wobei in Treblinka und Majdanek auch Zwangsarbeit geleistet werden musste.

Anfang 1942 waren mittlere und kleine Ghettos längst geräumt, die Opfer in die Gaskammern deportiert worden. Das größte Ghetto allerdings gab es noch: Warschau. Dort hausten unter erbärmlichen Umständen viele zehntausend Juden. Nachdem im etwa 80 Kilometer nordöstlich von Warschau gelegenen Treblinka die Vernichtungsanlagen komplett fertig gestellt worden waren, begann Ende Juli 1942 die erste große Deportation – der Auftakt zur „Endlösung“ des Ghettos. Dem wollten sich die Ghettoinsassen aber nicht ohne Widerstand ergeben. Am 28. Juli trafen sich jüdische Funktionäre, um darüber zu beraten, wie vorzugehen sei. Einige argumentierten, Widerstand gefährde das gesamte Ghetto, andere sagten, Gott werde sein Volk nicht verlassen. Die Mehrheit freilich plädierte für bewaffneten Widerstand. Ein Kundschafter sollte Einzelheiten über die Absichten der SS herausfinden. Er kam bis in die Nähe von Treblinka, wo er erfuhr, was dort verbrochen wurde.

Am 18. Januar 1943 begann die zweite Deportationswelle. Dieses Mal ließen sich die Juden nicht einfach verschleppen. Sie widersetzten sich oder versteckten sich in Kellern und Erdbunkern. Am 19. April 1943 sollte damit begonnen werden, das Ghetto vollständig zu räumen. Hohe SS-Führer wollten Hitler zu seinem Geburtstag am 20. April melden können, in Warschau gebe es keinen jüdischen Wohnbezirk mehr. Diese Rechnung ging freilich nicht auf. Als am Morgen des 19. April 1943 dann 850 deutsche Soldaten und 18 Offiziere von zwei Seiten ins Ghetto vorrückten, stießen sie auf bewaffnete Widerstandskämpfer, die sie zum Rückzug zwangen. Das war der SS noch nie passiert. Weitere Versuche scheiterten in den nächsten Tagen. Die Häuser im Ghetto waren leer, die letzten 30 000 Kinder, Frauen und Männer im Untergrund verschwunden. Die Erdlöcher verwandelten sich in Bunker, die einer nach dem anderen erobert werden mussten. Dabei setzte die SS Giftgas und Flammenwerfer ein. Doch die Menschen ergaben sich nicht, sie ließen sich lieber verbrennen, als zu kapitulieren.

Hitler überließ das „Problem“ nicht mehr SS-Oberführer Ferdinand von Sammern-Frankenegg, sondern schickte seinen SS- und Polizeigeneral Jürgen Stroop an die Weichsel. Der hatte große Erfahrungen bei der „Räumung“ von Ghettos. Starke Verbände von SS und Polizei drangen nun in das Ghetto ein, unterstützt von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen. Die Kämpfenden hatten zwar nur wenige Pistolen und Gewehre, aber umso mehr selbst gefertigte Handgranaten. So dauerte es bis zum 16. Mai, ehe Stroop melden konnte, nun gebe es endgültig keinen jüdischen Wohnbezirk mehr in Warschau. Von den Widerstandskämpfern überlebten nur 1000 bis 2000 Menschen. Viele von ihnen waren während der Kämpfe erschossen worden. Die anderen kamen in Treblinka ins Gas, andere wurden nach Majdanek bei Lublin verschleppt und endeten dort Anfang November während der berüchtigten Mordaktion „Erntefest“ im Kugelhagel von Maschinengewehren.

Der Ghettoaufstand in Warschau war nicht die einzige große Aktion des Widerstandes. Die nächste folgte im Sommer 1944, als die Rote Armee schon einen Teil der polnischen Hauptstadt besetzt hatte, der größte und wichtigere Teil – die Altstadt – aber noch von deutschen Truppen besetzt war. Dieser „Warschauer Aufstand“ der Zivilbevölkerung begann am 1. August 1944 und endete erst am 2. Oktober 1944. Beide Aufstände waren aber eigenständige Aktionen, die nicht miteinander in Verbindung standen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Tag der deutschen Arbeit"

Kaiserslauten/Neustadt – Neonazis haben in Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße weitere Demonstrationen zum 1. Mai angemeldet. Als Veranstalter der „Doppeldemonstration", die vormittags in Kaiserslautern und nachmittags in Neustadt stattfinden soll, zeichnet eine „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit" mit Sitz in Viernheim verantwortlich. Unterstützt wird der Aufmarsch dem Aufruf zufolge von den NPD-Kreisverbänden Kaiserslautern, Deutsche Weinstraße und Vorderpfalz sowie von den Kameradschaften Kurpfalz und Nordpfalz. Die Bundes-NPD mobilisiert derweil am „Tag der deutschen Arbeit" zur „bundesweiten Demonstration" nach Nürnberg, wo Parteichef Udo Voigt, sein Stellvertreter Sascha Roßmüller, der bayerische Landesvorsitzende Ralf Ollert sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Michael Schaefer, als Redner auftreten wollen. Eine weitere 1.-Mai-Demonstration ist in Hamburg angemeldet. Dorthin dürfte es vor allem „parteifreie" Neonazis ziehen. Sprechen wird dort aber neben dem niedersächsischen Neonazi Dieter Riefling und dem Vorsitzenden der Niederländischen Volksunion, Constant Kusters, auch Jürgen Rieger, Bundesvorstandsmitglied der NPD und deren Hamburger Landesvorsitzender. (ts)

Führungswechsel in Hessen

Wölfersheim – Jörg Krebs (Jg. 1975), Frankfurter NPD-Stadtverordneter, ist neuer Landesvorsitzender der NPD in Hessen. Der Schreiner Krebs, NPD-Kreisvorsitzender sowie bislang hessischer NPD-Landesvize, wurde am 6. April in Wölfersheim zum Landeschef gewählt. Er löst Marcel Wöll (Jg. 1983) ab, der seit dem 27. Mai 2006 an der Spitze der hessischen NPD stand. Unter Wölls Führung landete die NPD bei der hessischen Landtagswahl im Januar dieses Jahres bei 0,9 Prozent der Stimmen. Der mehrfach wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorbestrafte Neonazi Wöll (Butzbach) wurde im August 2007 vom Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Stellvertreter von Krebs wurden Daniel Lachmann (NPD-KV Wetterau), Mario Matthes (NPD-KV Wiesbaden/Rheingau-Taunus) und Klaus Dietrich (NPD-KV Darmstadt). Zu Beisitzern wurden Daniel Knebel, Jan Peppel, Stefan Jagsch, David Giesler, Martin Weiß und Frank Marschner gewählt. „Primärziel" der hessischen NPD, so der frischgebackene Vorsitzende Krebs, sei die „Teilnahme an den Kommunalwahlen 2011 in möglichst vielen Landkreisen und kreisfreien Städten". Krebs trat im Mai 1999 der NPD als Mitglied bei. Zuvor war er seit März 1996 DVU-Mitglied. Seit August 2000 gehört Krebs auch der neonazistischen Knasthilfeorganisation HNG an. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de